

Geschlechtergerechtigkeit im Nachhaltigkeitsdiskurs

Dr. Daniela Gottschlich

Leuphana Universität Lüneburg, Forschungsprojekte PoNa und CaGE

Tagung von WIDE Switzerland

gender@nachhaltigkeit. Feministische Blicke auf den Umgang mit Krisen in Ökologie und Care Ökonomie

Freitag, 31. Oktober 2014 in Bern

Folie 0

Herzlichen Dank!

Ich freu mich heute hier zu sein und über das Verhältnis von Nachhaltigkeit und Geschlechtergerechtigkeit zu sprechen.

1992 habe ich begonnen, Politikwissenschaft und Germanistik zu studieren – 1992 fand auch in Rio de Janeiro die UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung statt.

Von dort trat der Begriff Nachhaltigkeit seine Karriere in Wissenschaft und Politik an. Er hat mein Studium und meinen weiteren wissenschaftlichen Weg geprägt.

Er auch zu meinem Engagement in verschiedenen Agenda 21-Projekten beigetragen.

Für mich war von Anfang an klar, dass weder Nachhaltigkeitspolitik noch Nachhaltigkeitsforschung, wenn sie jeweils ihrem kritisch-emanzipatorischen Anspruch auf sozial-ökologische Transformation gerecht werden wollen, nicht ohne eine feministische Perspektive auskommen.

Folie 1

Mit dieser Einschätzung war ich nicht allein.

Bei der Beschäftigung in Theorie und Praxis mit Nachhaltigkeit und Gender gab es wertvolle Inspirationen von vielen Frauen, von denen ich hier stellvertretend drei auf der Folie nenne, ohne die ich hier heute nicht stehen würde.

Es geht mir dabei aber nicht in erster Linie um den persönlichen Dank (diese Ebene gibt es selbstverständlich auch), sondern ich möchte die strukturelle Bedeutung hervorheben, die diese Arbeiten von einzelnen Personen im und für den Nachhaltigkeitsdiskurs habe, wenn wir über Geschlechtergerechtigkeit sprechen.

Sie zeigen etwas sehr Wichtiges; sie zeigen, dass der Nachhaltigkeitsdiskurs auch von uns geprägt wird.

Christa Wichterich war in den 1990er Jahre eine der wenigen, wenn nicht die Transporteurin der internationalen Diskurse auf die nationale Ebene, sie hat durch ihre Analysen und Einschätzungen maßgeblich dazu beigetragen, den Diskurs zu gender und environment, zu gender und sustainability wachsen zu lassen. Beigetragen haben dazu auch ihre Materialsammlungen von übersetzten Texten.

Ulrike Röhr hat mit der Fachtagung 1996 zu Frauenblicken auf die LA 21 eine ungeheure Breitenwirkung erzielt und mit zu der Dynamik beigetragen, die wir in den 1990er Jahren erleben konnten. Sie hat zudem das lokale Wissen aus den Kommunen auch immer wieder zurückgeholt, auf nationaler Ebene über Tagungen und Handreichungen gebündelt und es in den internationalen Diskurs eingespeist.

D.h. wir haben hier Beispiele für ein Arbeiten und Wirken auf den verschiedenen Ebenen des politischen Mehrebenen-Systems, die es braucht, wenn wir Geschlechtergerechtigkeit im Nachhaltigkeitsdiskurs voranbringen wollen.

Neben dem individuellen Engagement braucht es selbstverständlich noch mehr: Es braucht institutionalisierte Knotenpunkte wie *genanet – Leitstelle für Geschlechtergerechtigkeit und Nachhaltigkeit* in Berlin, Netze wie *WIDE*. Es braucht die Weitergabe von Wissen an junge Frauen und Männer und das Wecken von Begeisterung sich einzumischen, wie das beispielsweise Doris Freer, die Frauenbeauftragte aus Duisburg getan hat – immer wenn ich sie erleben durfte.

Und – und das ist allen Anwesenden ganz sicher klar - es braucht einen langen Atem und die Lust gemeinsam etwas zu bewegen.

Folie 2

Nach diesem kurzen Intro möchte ich Ihnen vorstellen, worauf ich im Folgenden in meiner Keynote eingehen werde – die ja möglichst viel von dem, worum es in dieser Tagung gehen wird, rahmen sollte:

1. Ich möchte Ihnen als erstes Nachhaltigkeit als Diskurs näherbringen.
2. Dann auf das Verhältnis von Nachhaltigkeit und der Kategorie Gender bzw. Geschlechtergerechtigkeit eingehen.
3. Drei feministische Strategien zur Gestaltung dieses Verhältnisses vorstellen.

Um ausgehend von diesen Strategien

4. Gender & Geschlechtergerechtigkeit als integrativen und umkämpften Bestandteil
 - a) sowohl von Nachhaltigkeitspolitik
 - b) als auch von Nachhaltigkeitsforschung vorzustellen.

Folie 3

Beginnen wir mit der Annäherung an die inhaltliche Bestimmung des Begriffes Nachhaltigkeit. Auch in dem Ankündigungstext für diese Tagung steckt die Frage, was ist mit Nachhaltigkeit gemeint und ob es Sinn macht, sich auf diesen Begriff zu beziehen.

Ist Nachhaltigkeit nicht nur ein Containerbegriff, der alles oder nichts bedeutet?

Akteure aus den sozialen Bewegungen plädierten im Vorfeld der Rio plus 10 Konferenz in Johannesburg, auf die „Leerformel“ Nachhaltigkeit zu verzichten, mit der ihrer Meinung nach lediglich eine Stabilisierung des Kapitalismus erreicht bzw. der „Mythos“ einer „nachhaltigen Globalisierung“ (Görg/Brand 2002) legitimiert werden sollte.

Ich plädiere hingegen dafür, den Begriff nicht aufzugeben und Nachhaltigkeit vielmehr als Diskurs begreifen, als einen Akt des Politischen und damit als einen „Ort symbolischer Auseinandersetzung“ (Timpf 2003: 439).

Dahinter steht als theoretische Referenz das Verständnis von Foucault von Diskurs als Ort, in dem Machtverhältnisse wirken, Macht reproduziert, geschaffen und neu verteilt wird.

Der Inhalt des Containerbegriffes Nachhaltigkeit wird immer diskursiv umkämpft sein. Die eine wahre und einzige Interpretation von Nachhaltigkeit gibt es nicht.

Was wir tun können und sollten, ist genau hinzuschauen und bisherige Konzeptionalisierungen von Nachhaltigkeit kritisch unter die Lupe zu nehmen und ihre Prämissen transparent zu machen

Folie 4

Denn auf den ersten Blick ähneln sich die Füllungen. Die meisten der kleinen Container beziehen sich seit dem Brundtland-Bericht 1987 auf Nachhaltigkeit als doppeltes Gerechtigkeitsgebot.

Der Auftrag der Generalversammlung der Vereinten Nationen für die Kommission lautete, „ein weltweites Programm des Wandels“ zu erstellen und dabei den Interdependenzen zwischen „Menschen, Ressourcen, Umwelt und Entwicklung“ Rechnung zu tragen (General Assembly 1983, vgl. auch Brundtland 1987: XIX).

Sie kennen wahrscheinlich alle das berühmte Zitat: „Dauerhafte Entwicklung ist Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, daß künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können.“

Über dieses Zitat ist das doppelte Gerechtigkeitsverständnis – also intragenerationale und intergenerationale Gerechtigkeit gleichermaßen zu berücksichtigen – transportiert worden.

Bereits der Brundtland-Bericht identifizierte die Umweltkrise und die Entwicklungskrise als zusammenhängende Krisen. Spätestens mit der UN Konferenz über Umwelt und Entwicklung (UNCED) 1992 in Rio de Janeiro wird Nachhaltigkeit als Antwort auf die verflochtenen Umwelt- und Entwicklungskrisen verstanden und die Forderung nach Integration der verschiedenen Dimensionen (ökonomisch, ökologisch, sozial) erhoben.

Je nach Verständnis wird bisweilen auch gefordert, zusätzlich die politische und kulturelle Dimension mit zu berücksichtigen. Das Zusammendenken der verschiedenen Versionen ist unbedingt notwendig, aber die Integration der verschiedenen Dimensionen ist voraussetzungsvoll. Ob und wie sie gelingen kann, hängt nicht zuletzt davon ab, ob Zielkonflikte bestehen und ob sie aufgelöst werden können.

Nehmen wir ganz konkret die Frage, wann Ökonomie und Ökologie vereinbar sind. Nicht vereinbar sind sie, wenn ein Ökonomieverständnis weiterverfolgt wird, dass auf unbegrenztem ökonomischen Wachstum beruht. D.h., um überhaupt zu einem integrativen Ansatz zu kommen, müssen wir das Ökonomische aber auch das Politische neu denken.

Folie 5

Nachhaltigkeit ist also nicht etwas Fertiges.

Im Gegenteil: Nachhaltigkeit, ihre Ziele und die Methoden, sie zu erreichen, müssen dabei nicht nur neu, sondern *immer wieder neu* gedacht, auf Zielkonflikte überprüft und praktiziert werden. Gerade die Genderperspektive bietet dafür Potenziale.

Ausgedrückt wird dieses Verständnis in dem Begriff der „*Kommenden Nachhaltigkeit*“ (Gottschlich 2013), den ich in Anlehnung an Jacques Derridas Begriff der „kommenden Demokratie“ („*démocratie à venir*“) formuliert habe.

In diesem Begriff kommt das Unabschließbare eines offenen gesellschaftlichen Suchprozesses zum Ausdruck. Dieser Suchprozess ist weder konflikt- und noch machtfrei.

Es geht um einen Entwicklungsprozess, „der seine eigenen natürlichen und sozialen Voraussetzungen aufrechterhält und ständig erneuert“ (Becker/ Jahn 2006: 238).

Das ist aber nur möglich, wenn die gegenwärtigen Herrschaftsverhältnisse in Frage gestellt werden (Mensch-Mensch-Verhältnisse, Nord-Süd-Verhältnisse, Mensch/Gesellschaft-Natur-Verhältnisse, jetzige-künftige Generationen, Geschlechterverhältnisse ...)

Folie 6

Wenn wir von Geschlechterverhältnissen als Herrschaftsverhältnissen ausgehen, dann wird klar, dass auch das Verhältnis von Nachhaltigkeit und Gender/ Geschlechtergerechtigkeit umkämpft ist. Es gestaltet sich nicht von alleine.

Zu einer nachhaltigen Entwicklung, die auch geschlechterrecht ist, gelangen wir nur, wenn Gender einerseits in der Analyse gesellschaftlicher Naturverhältnisse und ihrer Krisen berücksichtigt wird und andererseits bei der Suche nach Lösungen und der (Um-)Gestaltung/ Regulierung – und zwar auf struktureller und symbolischer Ebene, aber auch individuell, in Prozessen, bei inhaltlichen Zugängen usw.

Folie 7

Das Verhältnis von Nachhaltigkeit und Geschlechtergerechtigkeit ist jedoch ambivalent.

Es ist nicht nur umkämpft. Es gibt eine Reihe von Anknüpfungspunkten und Gemeinsamkeiten zwischen Nachhaltigkeitspolitik und -forschung und feministischer Wissenschaft und Praxis:

(1) Beiden geht es um Gerechtigkeit: Nachhaltigkeit als explizites intra- und intergeneratives Gerechtigkeitskonzept ist ohne Geschlechtergerechtigkeit nicht zu denken (vgl. z.B. Buchen et al. 1994; Weller/Hoffmann/Hofmeister 1999).

(2) Als normative, kontextbezogene sowie auf integrative Problembetrachtung orientierte Wissenschaften sind Nachhaltigkeits- und feministische Forschung auch strukturell sehr ähnlich (vgl. z.B. Hofmeister/Mölders 2006; Katz 2006).

(3) Und die dezidierte Forderung nach Partizipation aller gesellschaftlichen Gruppen bei der Planung und Umsetzung von nachhaltiger Entwicklung stellt ebenfalls eine Schnittstelle zwischen Nachhaltigkeitspolitik/-forschung und feministischer Bewegung und Wissenschaft dar (vgl. z.B. Schultz/Weller 1995; Weller 1999).

Folie 8

Wenn wir also nach Geschlechtergerechtigkeit im Nachhaltigkeitsdiskurs fragen, dann fragen wir gleichzeitig auch nach dem Fehlen von Geschlechtergerechtigkeit in diesem Diskurs. Anders ausgedrückt: Die feministische Verhältnisbestimmung von Nachhaltigkeit und Geschlechtergerechtigkeit/ Gender bewegt sich zwischen den Polen Kritik und Vision. Das gilt für die Politik wie für die Wissenschaft.

Startpunkt war und ist in der Regel immer die feministische Kritik daran, dass Genderfragen nicht vorkommen, dass feministische Forschungsergebnisse nicht rezipiert werden. Diese permanente Korrekturfunktion im Nachhaltigkeitsdiskurs ist sehr mühsam, sie bindet Energien, aber sie ist unverzichtbar. Das erleben wir gerade wieder erneut im Prozess der Erstellung der Sustainability Goals – ich werde darauf noch kommen.

Gleichzeitig geht es immer um die Vision von sozial-ökologischen Transformationen, zu denen feministische Theorie und Praxis viel beizutragen hat.

Folie 9

Schauen wir uns an, mit welchen Strategien Frauen seit Jahrzehnten versuchen, Geschlechtergerechtigkeit im Nachhaltigkeitsdiskurs zu stärken.

Das ist zunächst die *Strategie des Protestes und des Widerstands* zu nennen.

Im Zentrum stehen Kritik an der Marginalisierung von Gender und Care, Kritik an den blinden Flecken des Nachhaltigkeitsdiskurses und an der Ausblendung der lebensweltlichen Perspektive, der unbezahlten Sorgearbeiten als einer wesentlichen Grundlagen allen Wirtschaftens sowie Kritik an den herrschenden Prämissen (an der Wachstumsorientierung, Effizienzdenken, technokratisches Denken, die wir in den zentralen politischen Dokumenten finden...). Es ist eine „Politik von unten“. Diese Strategie setzt vor allem am Pol „Kritik“ an.

Folie 10

Die zweite *Strategie* setzt auf *Mitmacht durch Partizipation*.

Zentrales Mittel ist die Lobbyarbeit. Dazu gehören Interventionen im Prozess der Texterstellung, auf den Vorbereitungskonferenzen, um ganz im Sinne des Gender Mainstreamings Gender als Kategorie und Bezugspunkt in den zentralen Dokumenten des Nachhaltigkeitsdiskurses zu verankern. Notwendig sind dafür Gespräche mit den nationalen Delegationen, die Suche nach Verbündeten, die Bündelung von feministischen Forderungen usw.

Sascha Gabizon wird heute Nachmittag in dem Workspace 1 sicherlich auch davon berichten, wie die Women's Major Group versucht, die verschiedenen Positionen von Frauen & Frauennichtregierungsorganisationen weltweit zusammenzubringen, um eine nachhaltige Zukunft zu gestalten.

Folie 11

Die *Bildung von Gegenmacht* ist die dritte *Strategie*. Sie erfolgt durch die Ausbildung eigener theoretischer wie praktischer Konzepte (wie feministische Verkehrskonzepte, [integrierte Infrastruktursysteme, die die Bedürfnisse der Menschen ins Zentrum rücken], durch andere Wohlstandsmessungen. Mascha Madörin wird im Workspace 3 über die Möglichkeiten sprechen, wie sich eine um die unbezahlte Care Arbeit erweiterte volkswirtschaftliche Gesamtrechnung darstellen könnte. Zu ihr gehören auch alternative Modelle wie das 5-Sektorenmodell der Wirtschaft, das Luise Gubitzer entwickelt hat, um aus einer anderen Perspektive, aus der Perspektive des Haushalts, Lebensstandards zu thematisieren – über das in Workspace 4 heute Nachmittag diskutiert wird

Nach so vielen Jahrzehnten gibt es unzählige feministische Gegenmachtbeispiele (Vorsorgendes Wirtschaften, Care Ethik, (Vor)Sorgende Demokratie, Erhalt und Verbesserung der Livelihoods, andere Naturverständnisse, Lernen von anderen Konzepten wie dem buen vivir...), dass ich auf die einzelnen Konzepte und ihre Visionen gar nicht genauer eingehen kann. Abschließend an dieser Stelle, da es im Workspace 2 nicht zuletzt um die Fragen der Demokratie geht, möchte ich das Plädoyer von Joan Tronto aus dem Jahr 2013 für einen Umbau der Demokratie hin zu einer caring democracy unterstreichen: einen Umbau, der das Sorgen für sich und andere, für Natur und zukünftige Generationen, für Gerechtigkeit und Gemeinwohl ins politische Zentrum rückt.

Folie 12

Wie stark diese verschiedenen Strategien zusammenhängen, aufeinander angewiesen sind und sich bedingen, zeigt ein Blick auf den politischen Nachhaltigkeitsdiskurs auf der internationalen Ebene.

Hätten sich Frauen nicht in die Vorbereitung und Durchführung der UNCED-Konferenz eingemischt, wären sie in der Agenda 21 unerwähnt geblieben – bis auf eine Passage im Kapitel zur Armutsbewältigung. Dieser Zustand der „Unsichtbarkeit“ von Frauen wurde nach der Durchsicht der Entwürfe der Konferenz-Dokumente nach dem ersten UNCED-Vorbereitungstreffen (PrepCom) identifiziert (vgl. Wichterich 1992: 8ff.). Diese Erkenntnis führte im Vorfeld von Rio zum einen zu einer eigenen feministischen Standpunktbestimmung und brachte als Dokument die Women’s Action Agenda (Miami 1991) hervor. Sie enthält sowohl Kritik als auch utopische Elemente:

Kritik an nationalen und internationalen Wirtschaftsstrukturen, Militarismus und Rassismus, kommerzialisierter Wissenschaft & Technik, Mangel an Partizipationsmöglichkeiten & demokratischen Rechten, am Entwicklungsmodell des globalen Nordens

Vision: Perspektivwechsel: Konzept sichere Lebensgrundlagen Sustained Livelihoods/, Sustainable Livelihood, Care Economy, neue Ethik und alternative Wirtschaftsformen

Zum anderen hat es die umfangreiche Lobbyarbeit im Vorfeld der UNCED erreicht, dass Gender/ frauenpolitische Maßnahmen und Forderungen in 31 von 40 Kapiteln verankert worden sind. Darüber hinaus bietet das Kapitel 24, „der globale Aktionsplan für Frauen zur Erzielung einer nachhaltigen und gerechten Entwicklung“ (BMU 1992a, 24: 218ff.), einen neuen frauenpolitischen Handlungs- und Bezugsrahmen¹, der sich auf eine Vielzahl bereits bestehender internationaler Übereinkommen² stützt.

Die Berücksichtigung von Fraueninteressen – gestützt auf die Anerkennung bestehender FrauenMenschenrechte – kann damit als systematisch gewährleistet angesehen werden (vgl. dazu auch Gottschlich 1999: 95, Tab. 4.1).

■ UNCED 1992 in Rio de Janeiro

- Agenda 21: „Globaler Aktionsplan für das nächste Jahrtausend“
- Einbezogen in die gesellschaftlichen Entscheidungs-, (Selbst-)Verständigungs- und Lernprozesse sollen insbesondere jene Gruppen werden, die bisher (häufig) von Entscheidungsprozessen ausgeschlossen waren: Frauen, Indigene, Kinder und Jugendliche.
- In der Agenda 21 ist jeder Gruppe ein eigenes Kapitel gewidmet (Kapitel 24, 25, 26) und in fast allen Kapiteln sind zielgruppenspezifische Partizipationsforderungen enthalten
- Auch in der Rio-Deklaration werden in drei der insgesamt 27 Prinzipien emphatisch die Partizipationsnotwendigkeit betont (Prinzip 20, 21, 22): „women“, „the youth of

¹ Auch in der Bundesrepublik Deutschland sahen Feministinnen die Chance, über den Nachhaltigkeitsdiskurs, über die nationale und lokale Umsetzung der Agenda 21 die „elementare und auch in der Bundesrepublik immer noch nur teilweise eingelöste Forderung der Frauenpolitik nach politischer Gleichberechtigung“ (Weller 1999: 15) wieder neu zu beleben und voranzutreiben.

² Die Agenda 21 bezieht sich explizit auf die Zukunftsstrategien der Weltfrauenkonferenz 1985 in Nairobi zur Förderung der Frau, auf die Resolution 34/180 der UN-Generalversammlung zur Beseitigung jeder Form der Diskriminierung der Frau, auf die Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) sowie der UNESCO. Mit Blick auf Mädchenrecht ist die Welterklärung über das Überleben, den Schutz und die Entwicklung der Kinder von 1990 relevant als auch der dazugehörige Aktionsplan (vgl. BMU 1992: 218). Ein dynamisches Verständnis der Agenda 21, wie es in der Präambel vorgestellt wird, impliziert bereits die Ergänzungsoffenheit um wichtige Ergebnisse späterer Konferenzen, insbesondere der IV. Weltfrauenkonferenz 1995 in Peking.

the world“ and „indigenous people“, sie alle spielen „a vital role“ für „a better future for all“ (General Assembly 1992: 4).

Die geschlechtergerechte Prägung der Agenda 21 ist allerdings ein Ergebnis sozialer Kämpfe und der konkreten Kritik am Zustand der „Unsichtbarkeit“, der sich nach der Durchsicht der Entwürfe der Konferenz-Dokumente nach dem ersten UNCED-Vorbereitungstreffen (PrepCom) offenbarte (vgl. Wichterich 1992: 8ff.).

Die gezielte Lobbyarbeit von Frauen aus NGO, Politik und Projekten führte dazu, daß die Fragen, welche Rolle Frauen bei einer nachhaltigen Entwicklung spielen und welche Bedeutung ihre Marginalisierung im bezug auf Umweltzerstörung hat, stärker in den Mittelpunkt rückten. Anlässlich des dritten Vorbereitungstreffens in Genf gründeten umwelt- und frauenpolitisch engagierte Frauen aus aller Welt die Women´s Environment and Development Organisation (WEDO) unter Leitung von Bella Abzug³. Der von WEDO formulierte Anspruch, daß UNCED „Frauen nicht nur als Opfer sondern als gleiche Partner im Politikprozeß sehen müsse“ (zit. n. Wichterich 1995b: 51), fand Eingang in den Beschluß der Regierungsdelegationen. Die Delegierten beschlossen, a) die Leistungen von Frauen für eine nachhaltige Entwicklung zu würdigen, b) die Partizipation von Frauen an Entscheidungs-, Planungs- und Umsetzungsprozessen sicherzustellen sowie c) die Auswirkungen der geplanten Maßnahmen für eine nachhaltige Entwicklung auf ihre „Frauenverträglichkeit“ zu überprüfen.

Wenn in der Agenda 21 von Arbeit gesprochen wird, ist in der Regel Erwerbsarbeit gemeint. An einigen Stellen schimmert aber auch in der Agenda der Blick auf das Ganze der Ökonomie und das Ganze der Arbeit durch, etwa in dem Vorschlag einer Reform der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, in deren „Rahmen der Beitrag all derjenigen Sektoren und Aktivitäten der Gesellschaft, die in der bisher praktizierten Volkswirtschaften Gesamtrechnung keine Berücksichtigung gefunden haben [...], erfasst werden“ (ebd., 8.41: 65).

Bei der Beantwortung der Frage, welchen Beitrag die UN Konferenzen zur Geschlechtergerechtigkeit leisten und wie nachhaltige Entwicklung inhaltlich gefüllt ist, ist jede UN Konferenz in ihrem spezifischen historischen Kontext zu sehen. Beim Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung (WSSD) 2002 in Johannesburg war der neoliberale Gegenwind deutlich zu spüren (zur Erinnerung: 1995 wurde die WTO gegründet). Zum Teil finden wir Formulierung im Plan of Implementation, die den Verlautbarungen aus der Doha Runde sehr nahe kommen. Die Einschätzung, dass Globalisierung und Nachhaltigkeit keinen unauflösbaren Gegensatz darstellen, sondern dass Globalisierung vielmehr „Chancen für die Verwirklichung einer nachhaltigen Entwicklung“ schafft, durchzieht die Dokumente des Weltgipfels (JD 2002: Abs. 14). Entsprechend überwiegen insgesamt nicht die kritischen Bezugnahmen auf die Internationalisierung der Märkte, sondern die Betonungen der „Chancen“:

Auch wenn es im Johannesburg-Prozess so schien, als ob internationale Frauennetzwerke an Dynamik verloren hätten und es nicht gelang, sich mit feministischen Analysen zum Verhältnis nachhaltiger Entwicklung und neoliberaler Globalisierung in den Diskurs einzubringen (vgl. Wichterich 2002b: 18), so sind Frauenrechte, Gender Mainstreaming und Empowermentforderungen fester Bestand der WSSD Dokumente (c).

„Wir sind fest entschlossen, dafür zu sorgen, dass die Ermächtigung und Emanzipation der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter in alle Aktivitäten eingebunden werden, die im Rahmen der Verwirklichung der Agenda 21, der Millenniums-Entwicklungsziele und des Durchführungsplans des Gipfels stattfinden“ (JD 2002: Abs. 20).

Auch der Plan of Implementation bezieht sich wiederholt ganz explizit auf das dritte Millenniumsentwicklungsziel der „Gleichstellung der Geschlechter und Stärkung der Rolle der

³ Die Feministin Bella Abzug war von 1970 - 1976 US-Kongreß-Abgeordnete eines New Yorker Wahlkreises. Sie leitete 1995 die Konferenz der Frauen-NRO, die parallel zur IV. Weltfrauenkonferenz stattfand.

Frauen“, mit dem angestrebt wird, das Geschlechtergefälle in der Grund- und Sekundarschulbildung zu beseitigen, vorzugsweise bis 2005 und auf allen Bildungsebenen spätestens bis 2015 (vgl. dazu auch Pol 2002: Abs. 116(a), 120).

Als ein Ergebnis lässt sich also festhalten, dass die in Rio de Janeiro als auch auf der 4. Weltfrauenkonferenz in Peking geforderte Doppelstrategie – bestehend aus erstens Empowerment als Teilhabe an Entscheidungsmacht, als Zugang zu Ressourcen und Landrechten sowie gezielter Frauenförderung zum Ausgleich von Ungleichheiten und zweitens Gender Mainstreaming als systematische Einbeziehung einer Geschlechterperspektive in alle Felder und Aufgaben von Politik – sich in den Dokumenten des WSSD durchaus widerspiegelt.

Doch es gibt eine gravierende Einschränkung, die die Enttäuschungen und negativen Einschätzungen der internationalen feministischen Community erklärt. Denn sie betrifft den inhaltlichen Kern dessen, was von den Vereinten Nationen unter Good Governance, Geschlechtergerechtigkeit und nachhaltiger Entwicklung verstanden wird. Im nachfolgenden Zitat werden die verschiedensten Ziele additiv aneinander gereiht, ohne dass die zugrunde liegenden, das Gesamtsystem prägenden Annahmen einer Wohlstand durch (wenn auch nachhaltiges) ökonomisches Wachstum versprechenden globalisierten Marktökonomie reflektiert werden – und ohne dass diese als Widerspruch zur Verwirklichung von „gender equality“ gesehen werden:

„Good governance is essential for sustainable development. Sound economic policies, solid democratic institutions responsive to the needs of the people and improved infrastructure are the basis for sustained economic growth, poverty eradication, and employment creation. Freedom, peace and security, domestic stability, respect for human rights, including the right to development, and the rule of law, gender equality, market-oriented policies, and an overall commitment to just and democratic societies are also essential and mutually reinforcing“ (ebd.: Abs. 138; Herv. D. G.)⁴.

Geschlechtergerechtigkeit wird nicht verbunden mit dem Blick auf das Ganze der Ökonomie, nicht mit den Krisen der informellen, reproduktiven Arbeiten, nicht mit der geschlechtsspezifischen Einbettung der Ökonomie. So wenig wie die strukturellen Ursachen von Armut und Umweltzerstörung insgesamt auf der WSSD in den Blick genommen wurden, so wenig wurden beispielsweise die negativen Auswirkungen neoliberaler Strukturanpassungsprogramme auf die Lebensverhältnisse von Frauen adressiert, wie sie von SAPRI (2002) festgestellt wurden. Auf diese Defizite werden wir im weiteren Verlauf der Tagung vielleicht noch einmal zurückkommen.

Folie 13

Rio plus 20

Die Anerkennung der Wichtigkeit von Geschlechtergerechtigkeit für nachhaltige Entwicklung spiegelt sich einerseits durchaus im Abschluss-Dokument „The future we want“ wider. Andererseits entspricht das auf der Rio plus 20-Konferenz favorisierte Konzept der Green Economy als Mittel zur Umsetzung nachhaltiger Entwicklung nicht den Ansätzen feministischer Ökonomik. Viele Frauengruppen und kritische NGO lehnten daher auch die Green Economy ab und kritisierten, dass die ökologische Krise vorrangig als Effizienz-, Management- oder Modernisierungsproblem konzeptualisiert werde und die gesellschaftlichen Verhältnisse aus dem Blick geraten. Im Projekt

⁴ In Abschnitt 4 der Einleitung des Pol folgt in den Charakterisierungen, was Good Governance ausmacht, dem Hinweis auf die notwendige „Gleichstellung der Geschlechter“ zwar keine Forderung nach „*markt-oriented policies*“ dafür aber nach einem „*förderlichen Investitionsumfeld*“: „Good governance within each country and at the international level is essential for sustainable development. At the domestic level, sound environmental, social and economic policies, democratic institutions responsive to the needs of the people, the rule of law, anti-corruption measures, gender equality and *an enabling environment for investment* are the basis for sustainable development“ (ebd.: Abs. 4, Herv. D. G.).

CaGE, an dem Ulrike Röhr und ich zusammen mit Kolleginnen der FU und der Leuphana Universität beteiligt sind, haben wir herausgearbeitet, dass in den Konzeptualisierungen von Green Economy die gängige Trennungsstruktur ökonomischen Denkens in Produktions- und Reproduktionssphäre nicht in Frage gestellt wird, obwohl feministische Ökonom_innen seit vielen Jahren die Unsichtbarkeit und Abwertung der bezahlten und unbezahlten Sorge- und Pflegearbeiten (Care-Arbeit) thematisieren und gleichzeitig ihre gesamtwirtschaftliche Bedeutung hervorheben.

Ein letztes Beispiel für die Ambivalenzen der Konferenz: Während die Aufnahme des Konzepts der „social protection floors“ auch als Erfolg der Interventionen der Women’s Major Group gewertet wurde, mussten die Frauenlobby-Organisationen beim Kampf um die explizite Bestätigung der Anerkennung der reproduktiven Rechte als spezifische Frauenrechte eine Niederlage einstecken. Denn die reproduktiven Rechte von Frauen sind nur implizit und nicht explizit enthalten.

2015: Über die Initiativen zur Verankerung von Geschlechtergerechtigkeit in den Sustainable Development Goals werden wir heute Nachmittag einiges hören.

Folie 14:

Auch im Bereich von Nachhaltigkeitsforschung können wir Gender & Geschlechtergerechtigkeit als integrativen und umkämpften Bestandteil identifizieren. Auch hier bewegt sich das feministische Engagement zwischen Kritik (etwa an der Wuppertal Studie Zukunftsfähiges Deutschland) und der Erarbeitung eigener alternativer Konzeptionen in den verschiedenen Forschungs- und Handlungsfeldern der Nachhaltigkeitswissenschaften (und -politik) wie Wissenschaft und Forschung: Hochschulen als Orte der Integration von Gender und Nachhaltigkeit, Wirtschaften und Arbeiten, Nachhaltige Raumentwicklung, Mobilität, Klimawandel und -politik, Konsum und Lebensstile usw.

Folie 15:

In den letzten Jahrzehnten haben sich zentrale Forschungsbereiche herausgebildet: Ökofeminismus, Natur- und Technikwissenschaftskritik, Gender & Environment → Gender & Sustainability, Feministische politische Ökologie. Ich werde im Folgenden exemplarisch auf die feministische sozial-ökologische Ökonomik eingehen.

Folie 16:

Die feministische Kritik am Arbeits- und Ökonomiebegriff richtete sich zunächst auf jenes reduzierte Verständnis, das mit Arbeit immer nur bezahlte Arbeit, Erwerbsarbeit, Lohnarbeit meinte – aber nie die unbezahlten Sorgenarbeiten, nie die Eigen- und Subsistenzarbeiten. Adressiert wurde nur die Spitze des Eisberges, nur das, was auf Arbeitsmärkten als Ware verhandelt wurde.

Dabei bildet die Produktivität von Natur und die sogenannten reproduktiven Arbeiten die Grundlage allen Wirtschaftens. Es wird weltweit viel mehr unbezahlte Arbeit geleistet, als bezahlte. Die Reproduktionsarbeiten sind die unsichtbare Basis, auf die sich die gesamte Pyramide der kapitalistischen Akkumulation stützt.

Es ging und geht bei der feministischen Kritik aber nicht nur um die Frage, ob diese Arbeiten unsichtbar sind oder nicht, sondern welche Wertungen und Bewertungen damit verbunden werden. Bei der Suche nach neuen Arbeitskonzeptionen rücken die Fragen nach dem Erhalt und der Verbesserung von sozialen und ökologischen Qualitäten für ein gutes Leben nun in den Mittelpunkt. Es geht um das „Ganze des Lebens“ (Kratzwald). Es geht um die Frage: Welche Tätigkeiten braucht eine Gesellschaft, wenn diese sozial-ökologisch verändert werden soll, so verändert, dass für alle

Menschen ein gutes Leben möglich ist, so verändert, dass unsere Verhältnis zur Natur kein herrschaftsförmiges mehr ist.

Folie 17

Um ein **gender@nachhaltigkeit** als gelungene Verbindung auszuweisen, braucht es eine Neubewertung und Umverteilung aller gesellschaftlich notwendigen Arbeiten und neue Formen der Existenzsicherung.

Allerdings geht es bei Entwürfen für eine Neugestaltung der Arbeit in und für nachhaltige Gesellschaften nicht länger und nicht vorrangig um die Frage nach der Vereinbarkeit und damit auch um die Vereinbarkeit von sich widersprechender Rationalitäten, von Marktlogik versus Sorgelogik. Es geht vielmehr um die Frage, wie können wir die gesellschaftliche Reproduktion ohne soziale und ökologische Zerstörungen ermöglichen?

Die Antwort: Nur durch einen Perspektivwechsel, nur wenn die gesamte Ökonomie durch Care-ökonomische Prinzipien transformiert wird, die dazu beitragen, soziale und ökologische Qualitäten zu erhalten. Denn je weniger von diesen Arbeiten geleistet wird, desto größer die sozial-ökologische Krise.

Es braucht als neue gesellschaftliche Normen und Praktiken für einen Transformationsprozess in Richtung Nachhaltigkeit daher mehr Caring (aber auch mehr Commoning), mehr Vorsorge (statt Nachsorge), mehr Kooperation (statt Konkurrenz), eine Orientierung am für ein gutes Leben Notwendigen (statt Orientierung an Wachstumsraten).

Und es braucht ein Neudenken von Demokratie in Form einer sorgende Demokratie (Tronto 2013) – daher freue ich mich darauf, dass wir uns der Frage nach der Demokratisierung der gesellschaftlichen (Natur)Verhältnisse heute Nachmittag noch vertiefter widmen werden.

Vielen Dank!